

FDP @ktuell

Der e-Newsletter der FDP Langenthal

Ausgabe: 1/2013

In dieser Ausgabe:

- **Vorwort des Redaktors**
- **Meinungen**
 - › Stadtfinanzen:
Die Einnahmequelle Sparsamkeit erschliessen!
 - › Kulturpolitik:
In Visionen statt in Mauern denken
- **Schwerpunkt Kulturpolitik**
 - › Kultur:
Die Pfeiler sind gesteckt
 - › Kultur kontra Kasse
- **FDP Langenthal**
 - › Aus dem Stadtrat
 - › Veranstaltung:
Finanzgipfel
- **Abstimmungsempfehlungen**

Vorwort des Redaktors



Manfred Rösch
Redaktor FDP @ktuell

Liebe Langenthaler Freisinnige

Sie sehen die erste Ausgabe des Newsletter FDP@ktuell auf Ihrem Bildschirm. Ab jetzt wird Ihnen diese elektronische Publikation mehrmals jährlich zugestellt; der Erscheinungsrhythmus wird sich einspielen. Diese Form der Kommunikation ist kostengünstig, effizient und zeitgemäss – ganz à la FDP.

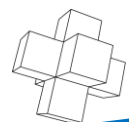
Was wollen wir damit erreichen? Sie sollen aus erster Hand erfahren, was Partei und Fraktion tun, was sie bewegen und was sie bewegt. Der Präsident, Mitglieder des Stadt- oder des Gemeinderats werden zu aktuellen Fragen Stellung nehmen, knapp und klar.

Die FDP Langenthal hat viele Gesichter. Wir wollen Ihnen gelegentlich freisinnige Frauen und Männer vorstellen, die das politische Leben unserer Stadt mitgestalten. Ferner sollen liberale Grundsatzgedanken ihren Platz haben.

Unser Parteivorstand hat angeregt, eine flexible Plattform einzurichten, die sich je nach Bedürfnissen weiterentwickeln lässt. Ich habe mich zur Verfügung gestellt, die Redaktion zu übernehmen. Dafür ist mein Beruf ausschlaggebend: Ich arbeite seit langem als Journalist. Aktuell bin ich Mitglied der Redaktionsleitung von „Finanz und Wirtschaft“.

FDP @ktuell werde ich in enger Absprache mit Parteipräsident Diego Clavadetscher betreuen. Der „Dienstweg“ ist wortwörtlich kurz: Wir sind Nachbarn.

Ich freue mich auf die neue Aufgabe – und auf Ihr Echo.



Meinungen

Stadtfinanzen

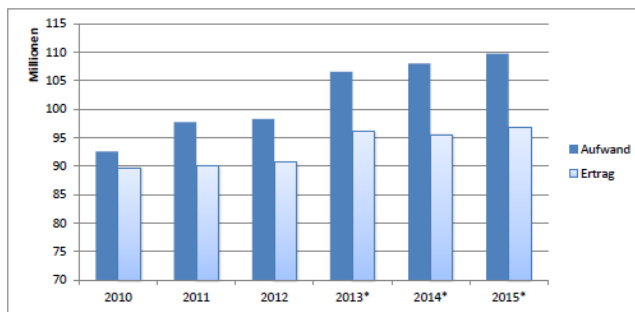


Lukas Felber
Stadtrat jll

Die Einnahmequelle Sparsamkeit erschliessen!

Herbstzeit ist Budgetzeit, und so beherrschen die öffentlichen Finanzen auch die Traktandenlisten der Stadtratssitzungen im August und September. Das verabschiedete Budget für das kommende Jahr 2014 sieht einen neuen Ausgabenrekord von 108 Millionen Franken und ein Defizit von 12.4 Millionen Franken vor. Die Gründe dafür liegen einerseits in den hohen geplanten Investitionen in das Schulhaus Kreuzfeld 4, in Strassen, ins Bahnhofareal, ins Stadttheater und in das Verwaltungsgebäude. Andererseits steigt zusätzlich die Belastung durch die kantonalen Lastenausgleichssysteme (Soziales, öffentlicher Verkehr, Aufgabenteilung) stetig. Die Stadt spart aber auch nicht bei denjenigen Kosten, die sie direkt beeinflussen könnte. Der Geldbeutel sitzt in Langenthal lockerer als anderswo.

Dank dem immer noch hohen Eigenkapital („onyx-Millionen“) ist das Defizit im Moment noch tragbar. Allerdings ist klar, dass dieser finanzpolitische Kurs nicht nachhaltig ist. Der Ausblick auf die kommenden Jahre zeigt deutlich, dass es jetzt griffiger Massnahmen bedarf (vgl. Grafik). Eine Steuererhöhung kommt für die FDP dabei nicht in Frage. Vielmehr muss es darum gehen, die rekordhohen Kosten zu



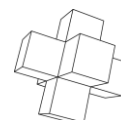
	2010	2011	2012	2013*	2014*	2015*
Aufwand	92'593'000	97'769'000	98'266'000	106'595'000	108'047'000	109'798'000
Ertrag	89'731'000	90'013'000	90'793'000	96'107'000	95'546'000	96'811'000
Defizit	2'862'000	7'756'000	7'473'000	10'488'000	12'501'000	12'987'000

* Prognosewerte

Quelle: Finanzplan Stadt Langenthal, Stadtratssitzung vom 19. August 2013

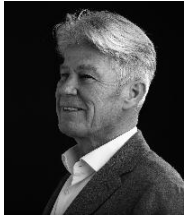
senken. Bereits Cicero hat festgehalten: «...die Menschen verstehen nicht, welch' grosse Einnahmequelle in der Sparsamkeit liegt.» Diese Einnahmequelle gilt es nun konsequent zu erschliessen!

Die FDP/jll/BDP-Fraktion hat deshalb ein erstes Zeichen gesetzt und im Budget 2014 zahlreiche Änderungsanträge der jungliberalen unterstützt. Damit konnten Mehrausgaben verhindert, jedoch noch lange kein ausgeglichenes Budget erreicht werden. Die momentan laufende Aufgabenüberprüfung wird Wege aus dem Tal der Defizite aufzeigen. Dabei werden wir von der Stadt jedoch nicht Sparsamkeit im Allgemeinen und Freigebigkeit in einzelnen uns wichtigen Posten verlangen können. Es wird Einschnitte im Umfang und in der Qualität der bestehenden Leistungen geben müssen, die teilweise schmerzlich sind. Im Interesse gesunder Finanzen bei gleichzeitig moderater Steuerbelastung sind diese Einschnitte jedoch dringend nötig.



Schwerpunkt Kulturpolitik

Kultur: Die Pfeiler sind gesteckt



Urs Zurlinden
Stadtrat, Mitglied der
Kulturkommission

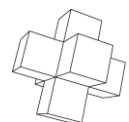
Eine Stadt in der Grössenordnung von Langenthal kommt nicht darum herum, Kultur in allen ihren Facetten und Ausprägungen zu pflegen und zu fördern. Kultur ist einer der unverzichtbaren Weichteile einer Gemeinschaft, die zur eigentlichen Seele einer Stadt gehören und sowohl gegen innen wie gegen aussen zur Attraktion beitragen. Das hat der Gemeinderat erkannt, indem er in seinen Regierungsrichtlinien formuliert: „Das qualitativ hochstehende Angebot in allen Sparten der Kultur richtet sich an breite Bevölkerungsschichten; dementsprechend wird es gesellschaftlich geschätzt und als lokaler Standortvorteil wahrgenommen.“

Kultur ist unverzichtbar. Dabei ist nicht nur an die fünf Aushängeschilder der städtischen Kultur zu denken: An das Stadttheater, an das Kunsthhaus, an das Museum, an das Kulturzentrum Chrämerhuus und an die Regionalbibliothek. Ebenso wichtig für die Volkskultur sind die rund 120 Vereine und eine Fasnacht, die ein gesellschaftliches Zusammenleben fördern und eine einzigartige Identität mit dem Wohnort stiften. Die Ausgangslage ist also klar: Die Pfeiler sind gesteckt, die Stadt Langenthal muss und kann Kultur fördern, als Regionalzentrum eingebunden in der Regionalen Kulturkonferenz (RKK). Die Idee hinter der RKK wird nun durch das kantonale Kulturförderungsgesetz noch vermehrt gestärkt.

Kultur ist leider nicht gratis zu haben. Die Erfahrungen aus der Kulturkommission belegen aber, dass in den allermeisten Fällen sorgsam mit den öffentlichen Geldern umgegangen wird. So sind die fünf grossen Kulturinstitutionen mit Leistungsverträgen verpflichtet, Rechenschaft über ihre Aktivitäten abzulegen. Jedes von der Kommission zu bearbeitende Beitragsgesuch für eine neue CD, für ein neues Buch oder für eine Ausstellung muss einen Nachweis für die örtliche Verbundenheit, ein sauberes Budget und einen klaren Finanzierungsnachweis enthalten. Die bewilligten Beiträge decken dann in der Regel nur einen Bruchteil der ersuchten Summen ab.

Nun steht ein Brocken an, der erst noch zu schlucken ist: Die Sanierung des Stadttheaters. Die dafür geforderten Investitionen, aktuelle Schätzungen gehen von 14 bis 18 Millionen Franken aus, sind nur ein Teil des Projekts – sie wären angesichts der Vermögenssituation der Stadt noch zu verkraften. Zu denken müssen aber die jährlich (!) wiederkehrenden Kosten von rund 1.7 Millionen Franken geben. Damit wird das Theater über Jahre hinweg die Diskussion prägen, wie viel sich die Stadt für ihre Kultur leisten soll – und kann.

Diese Perspektive ist ungemütlich. Es darf nicht sein, dass die vielen äusserst bescheidenen Kulturbeiträge unter der teuren Sanierung des Stadttheaters leiden. Die kulturelle Vielfalt darf nicht einem schön herausgeputzten Theater geopfert werden. Diese Einsicht müssen auch jene „Kulturtäter“ verinnerlichen, die den Geldhahn für die Kultur am liebsten maximal weit öffnen möchten.



Schwerpunkt Kulturpolitik

Kultur kontra Kasse



Manfred Rösch
Redaktor FDP @aktuell

Kaum schwiegen seinerzeit im jugoslawischen Trennungskrieg die Waffen, strömten die geplagten Menschen in Sarajevo in Theater- und Konzertvorstellungen: Der Hunger auf geistige Nahrung war so heiss wie derjenige auf physische. Kommt einer Gesellschaft der Sinn für Kultur als einer Bühne ihrer selbst abhanden, dann „beginnt ihre Endzeit, in der die Privatleute ihre Höhlen nicht mehr verlassen“, sagt der Philosoph Peter Sloterdijk. Nun, die Bürger der Stadt Sarajevo verliessen ihre zu Höhlen zerschossenen Behausungen, sobald es nur ging.

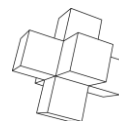
Auf die Begriffe „Stadt“ und „Bürger“ kommt es in diesem Zusammenhang an. Es gibt eine Tradition bürgerlichen Verantwortungsbewusstseins für Kultur und es ist kein Zufall, dass Einrichtungen wie Theater, Musiksäle und Opernhäuser häufig aus der Gründerzeit stammen. Sie gehören zu Bild, Funktion und Identität von Städten, ebenso wie repräsentative Bahnhöfe (in Langenthal gerade nicht), Rathäuser, Schulen, Bibliotheken, Galerien.

Vor dem bürgerlichen Zeitalter zeigten Schlösser und Kirchen quasi, „wo Gott hockt“. Im Zuge der Aufklärung übernahm die Kultur tatsächlich manche Aufgabe der Kirche; nicht von ungefähr spricht man von „Musentempeln“. Das städtische Bürgertum löste, was nun weniger auf die Schweiz zutrifft, die Aristokratie als die bestimmende Schicht ab. Es galt, deren

verstaubtem Prestige eine eigenständige Pracht entgegenzusetzen. Bildungsbürger wollte man sein, nicht Banause.

Heute lässt sich in der Sprache des Markts von kulturellem Angebot reden, von städtischer Infrastruktur, profan von Kultur als „weichem“ Standortfaktor (verglichen namentlich mit dem Steuersatz als hartem). Nach wie vor ist Kultur und deren Finanzierung eine Domäne der Gemeinden. Dort haben sie auch noch einigermaßen freie Hand, während sonst von kommunaler Autonomie nur noch halbernst die Rede sein kann. Es gibt eine „umgekehrte Proportionalität von Kulturbudget und territorialer Grösse der zuständigen politischen Entscheidungseinheit“, sagt der in Zürich lehrende Philosoph Georg Kohler; je höher das Haushaltsgewicht von Kultur, „desto grösser die Legitimation, mit allgemeinen Fiskalmitteln spezifisches Kulturschaffen zu unterstützen.“

Desto grösser ist aber auch die Verantwortung. Um diese Ausgaben zu legitimieren, müssen wir uns der Grundsatzfrage stellen, zu welchem Zweck wir Steuergelder für Kultur ausgeben wollen. Kohler warnt eindringlich: „Kultursubventionspolitik hat nur dann einen rechtfertigbaren Sinn, wenn sie ermöglicht wird von einer allgemeinen und tragenden politischen Einstellung, von einem besonderen Ethos der Bürger“. Oder nach vorne geschaut: Was nützen uns die prächtigsten Institutionen, wenn wir sie nicht sinnvoll und, jawohl, auch marktgerecht beleben und die nachfolgenden Generationen dafür gewinnen können? Geben wir Geist weiter oder nur Gebäude? Investieren wir in Ideen oder in Backsteine? Sind wir wirklich wert- oder bloss strukturkonservativ?



Meinungen

Kulturpolitik:

In Visionen statt in Mauern denken



Diego Clavadetscher
Präsident FDP
Langenthal

Lukas Felber hat es dargelegt, eine nüchterne Analyse der finanziellen Lage unserer Stadt zwingt zu Sparsamkeit. Doch wo kann eine Gemeinde sparen? Nur dort, wo sie tatsächlich über Finanzkompetenz verfügt, d.h. namentlich in den Bereichen Kultur und Sport. Beides sind Themen, die emotional belegt sind. Emotionale Themen sind politisch heikel. Soll man sie deshalb nicht anrühren? Freisinnige Politik – nach meinem Verständnis – bedeutet, dass man heiklen Themen nicht aus dem Weg gehen darf, sondern sie lösen muss, indem man sie in einen gesamtheitlichen Rahmen stellt.

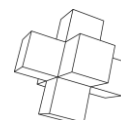
Wo steht hier Langenthal? Wir verfügen – wie es Urs Zurlinden aufzeigt – heute über ein attraktives Kulturangebot. Wir sollten deshalb nach Möglichkeiten suchen, dieses so weit als möglich aufrecht zu erhalten. Die Kulturpolitik belastet die Stadtkasse über (Bau)investitionen und über wiederkehrende Ausgaben. Kosten spart man, indem man nach Optimierungen sucht. Diese Suche fehlt im Moment in Langenthal: Die verschiedenen Kulturprojekte werden je einzeln betrachtet, eine gesamtheitliche Betrachtung fehlt. Mit anderen Worten: Wir denken in Mauern und nicht in Visionen.

Das Stadttheater ist diesbezüglich ein gutes Lehrstück: Inhaltlich (wahrscheinlich) von niemandem in Frage gestellt, wird der Beschluss gefasst, das bestehende Gebäude zu sanieren.

Dies bedeutet, dass eine Baute, die vor 100 Jahren, als Langenthal noch ein Dorf von 5'000 Einwohnern war, für die damaligen Ansprüche und Bedürfnisse gebaut wurde, mit viel Geld für ein nächstes Jahrhundert saniert wird. Der einzige Druck, den Sanierungsentscheid in den nächsten Monaten zu fällen, ist das 100-Jahr-Jubiläum. Dies darf aber kein seriöser Grund sein, unbesehen Geld in ein (zu) teures Projekt zu investieren. Sinnvoller wäre es zu überlegen, ob wir nicht mit dem gleichen Geld mehr Kulturleistung erzielen könnten. Dazu müssten Ideen gesammelt werden.

Wie wäre es beispielsweise, wenn auf dem Markthalleareal eine grosser Eventbau erstellt würde, der neben einer Theaternutzung auch andere (kulturelle) Anlässe erlauben würde? Der freigewordene Stadttheaterbau könnte dann in ein Multi-Museum umgenutzt werden, das das Angebot des Kunsthouses und des Museums aufnehmen und weiteren Raum für Sonderausstellungen oder Einzelprojekte zur Verfügung stellen könnte. Dies würde es der Stadt erlauben, die beiden Gebäude Choufhüsi und Altes Amtshaus zu desinvestieren und sich langfristig von diesen Unterhaltskosten zu befreien. Vielleicht würde diese Lösung etwas höhere Investitionskosten erfordern, der dafür erhaltene Gegenwert wäre aber wesentlich höher und die Belastung der laufenden Rechnung der Stadt erheblich geringer.

Dies ist bloss eine erste Idee, wie man durch neue Konzepte die Kultur in Langenthal anders gestalten könnte. Ich bin überzeugt, es gäbe noch mehr solche Ansätze. Diese sollten auf den Tisch gebracht, geprüft und bewertet werden, bevor wir viel Geld in eine teure Stadttheaterlösung investieren, die wir uns möglicherweise in Zukunft nicht mehr leisten können.



FDP Langenthal

Aus dem Stadtrat



Markus Gfeller
(Fraktionschef
FDP/jil/BDP)

In der Legislatur 2013 bis 2016 darf die FDP zusammen mit je zwei Vertretern der Jungliberalen und der BDP als grösste Fraktion mit insgesamt 13 Mitgliedern im Stadtrat mitwirken. Zusammen mit der SVP verfügen die bürgerlichen Kräfte damit über 23 der insgesamt 40 Stadtratsmandate. Dieses Kräfteverhältnis wird es ermöglichen, unseren Anliegen in nächster Zeit vermehrt Gehör zu verschaffen.

Bereits anfangs Jahr konnten wir die Vorbereitungsarbeiten für die Schulsozialarbeit sistieren lassen. Die von den Linken dagegen erhobene Beschwerde wurde vom Regierungstatthalter abgelehnt. Wir sind entschieden der Ansicht, dass die sozialen Angebote der Stadt Langenthal genügen und nicht durch eine weitere – in ihrer Wirkung höchst umstrittene – Massnahme zusätzlich verteuert werden sollen, ohne dass dadurch ein Mehrwert generiert werden kann. Besonders vor dem Hintergrund der strukturellen Defizite, sind alle Ausgaben auch inskünftig kritisch zu hinterfragen.

Der Stadtrat hat die Voraussetzungen geschaffen, damit die Arbeiten für die Ausgliederung des Alterszentrums Haslibrunnen und die Überführung der Industriellen Betriebe in eine Aktiengesellschaft aufgenommen werden können. Beide Projekte sind für unsere Stadt langfristig wichtig und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in den nächsten Jahren zur Stellungnahme unterbreitet.

FDP
Die Liberalen

www.fdp-langenthal.ch

FDP-Finanzgipfel

Dienstag,
19. November 2013,
19.30 Uhr
Berner Kantonalbank
St. Urbanstr. 6, Langenthal

Sparen trotz Millionen?

Trotz der – im Moment noch – guten Eigenkapitalsituation muss sich die Stadt Langenthal in den nächsten Monaten einer Aufgabenüberprüfung unterziehen.

Wir freuen uns sehr, dass Herr Prof. Dr. Urs Müller, der den Kanton Bern bei einem ähnlichen Vorhaben unterstützt hat, über seine Erfahrungen und Erkenntnisse berichten wird.

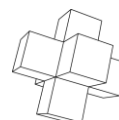
Einleitend wird Lukas Felber die finanzielle Situation und den Handlungsspielraum der Stadt darstellen.

Im Anschluss an die beiden Präsentationen besteht die Möglichkeit zur Diskussion. Herr Stadtpräsident Thomas Rufener hat diesbezüglich bereits seine Teilnahme zugesagt.

Die Berner Kantonalbank gewährt uns nicht nur Gastrecht, sondern offeriert uns freundlicherweise vorgängig auch einen Apéro, wofür wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken.

Reservieren Sie sich dieses Datum und laden Sie interessierte Personen aus Ihrem Umfeld ein. Das Detailprogramm folgt in den nächsten Tagen.

Wir freuen uns über Ihre Teilnahme!



FDP @aktuell wird freundlicherweise unterstützt von:



Abstimmungsempfehlungen für den 24. November 2013 unserer Kreis- und unserer Kantonalpartei:

NEIN zur Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne»

NEIN zur Volksinitiative «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen»

JA zur Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes (Autobahnvignette)

NEIN zur Initiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern!»

Diskutieren Sie bei aktuellen Themen mit –
besuchen Sie die FDP im Internet:

FDP Langenthal: www.fdp-langenthal.ch
FDP Oberaargau: www.fdp-oberaargau.ch
FDP Schweiz: www.fdp.ch

Impressum:

Herausgeber:

FDP Langenthal
Lotzwilstrasse 26
4900 Langenthal

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen an

Redaktion:

Manfred Rösch

Layoutdesign:

Adrian Dinkelmann

fdp-aktuell@fdp-langenthal.ch

FDP
Die Liberalen

www.fdp-langenthal.ch

